Neuabgrenzung der Wahlbezirke für Wahlen in Nürnberg

I. 1. Neuabgrenzung der Urnenwahlbezirke

Die Stimm- bzw. Wahlbezirke für Wahlen in Nürnberg waren im Jahre 2001 neu abgegrenzt, die Zahl von vorher 457 auf 365 zurückgeführt worden. In den zehn Jahren zuvor war die Einwohnerzahl Nürnbergs stark zurückgegangen. Seit diesem Zeitpunkt hat die Bevölkerung Nürnbergs kontinuierlich zugenommen, die Zahl der Wahlberechtigten ist von circa 350.000 bei der Kommunalwahl 2002 auf über 390.000 bei der Kommunalwahl 2014 gestiegen. Aufgrund des innerstädtischen Umzugsgeschehens und des Neubaubezugs ist es auch zu Größenverschiebungen zwischen Stimm- bzw. Wahlbezirken gekommen. In manchen Stimmbezirken hatte die Zahl der Wahlberechtigten 1.500 überstiegen, während sie in anderen Stimmbezirken sogar gesunken war. Der von Stimmbezirk zu Stimmbezirk unterschiedlich große Briefwahlanteil hat die Unterschiede bei der Zahl der Urnenwähler weiter vergrößert. Diese Tendenzen haben sich bis heute fortgesetzt.

Für die Wahlen im Jahr 2014 war die Zahl der Urnen-Stimmbezirke um 22 auf 388, die der Briefwahlbezirke um 34 auf 107 erhöht worden.

Bei den Wahlen in den Jahren 2013 und 2014 (also Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen) wurden jeweils etwa ein Drittel der Stimmen per Briefwahl abgegeben. Für die kommenden Wahlen (2017 Bundestagswahl, 2018 Landtags- und Bezirkswahlen, 2019 Europawahl, 2020 Kommunalwahl) ist eher mit einer weiteren Steigerung des Briefwahlanteils zu rechnen.

Um dem Rechnung zu tragen, will das Wahlamt die Anzahl der Briefwahlvorstände vor der Bundestagswahl 2017 von 107 auf 120 anheben (vgl. unten). Um aber nicht mehr Wahlhelfer einsetzen (und finanzieren) zu müssen, soll gleichzeitig die Zahl der Urnenwahlvorstände von 388 auf 375 reduziert werden. Dabei wurde versucht, die jeweils kleinsten bzw. bzgl. der Wahlbeteiligung schwächsten Wahlbezirke zusammenzufassen, um die betroffenen Urnenwahlvorständen nicht übermäßig zu belasten. Die Wähler/-innen können nach wie vor die gleichen Gebäude aufsuchen, in denen ihre jeweiligen Wahllokale auch vor der Zusammenführung schon lagen. Zusätzlich wurde als Kriterium berücksichtigt, dass die Grenzen der statistischen Bezirke, die auch der Bundestagswahlkreis- und Landtagsstimmkreis-Einteilung zu Grunde liegen, auch in Zukunft nicht überschritten werden.

U.a. durch die Zusammenlegung von Urnenwahlbezirken wird in siebzehn Fällen die Zahl von 2.500 Einwohnern/-innen im Wahlbezirk überschritten. Nach § 12 Abs. 2 der Bundeswahlordnung soll die Zahl der Einwohner/-innen pro Wahlbezirk nicht größer als 2.500 sein. Allerdings berücksichtigt diese Grenze weder Wahlberechtigung (bei der Bundestagswahl sind z.B. nur Deutsche wahlberechtigt), noch Wahlbeteiligung noch Briefwahlanteil. Bleiben Wahlbeteiligung und Briefwahlanteil in den betreffenden Wahlbezirken in der Größenordnung von 2013, dann werden diese Wahlbezirke bei der Bundestagswahl 2017 zu den wählerstärksten gehören, die Zahl der Urnenwähler/-innen dort wird aber immer noch unter 750 liegen.

2. Neuabgrenzung der Briefwahlbezirke

Trotz der Erhöhung der Zahl der Briefwahlbezirke für die Wahlen 2014 nahm die Auszählung der Briefwahlbezirke bei der Kommunalwahl und der Europawahl 2014 mehr Zeit in Anspruch als die Auszählung der Urnenstimmbezirke. Da wie gesagt davon auszugehen ist, dass der Briefwahlanteil in Zukunft eher zunehmen wird, ist es

erforderlich, die Zahl der Briefwahlbezirke noch einmal zu erhöhen und die Briefwahlbezirke z.T. neu (aus Urnenwahlbezirken) zusammenzusetzen, damit zukünftig auf jeden Briefwahlvorstand eine akzeptable Anzahl von auszuzählenden Wahlbriefen entfällt. Nachdem die Anzahl der Urnenwahlbezirke so reduziert wie die Anzahl der Briefwahlbezirke erhöht wird, fallen keine zusätzlichen Kosten für die Entschädigung der Wahlvorstände an.

Bisher wurde die Briefwahl in der Bertolt-Brecht-Schule in Langwasser ausgezählt. Die aktuelle Zahl an Briefwahlvorständen kann allerdings dort nicht mehr untergebracht werden, da der Platz in der Schule nicht mehr ausreicht. Wegen Sanierungsarbeiten stehen die bei den letzten Wahlen mit einbezogenen Sporthallen bei der Bundestagswahl 2017 nicht zur Verfügung.

Eine andere Schule in der erforderlichen Größe und mit einer passenden Raumaufteilung gibt es in Nürnberg nicht. Auch die Überprüfung anderer Alternativen ergab kein akzeptables Ergebnis. Deshalb hat das Wahlamt mit Zustimmung des Stadtkämmerers mit der NürnbergMesse GmbH einen Vertrag zur Anmietung der Messehalle 12.0 abgeschlossen. Andere Städte wie beispielsweise München führen schon seit geraumer Zeit die Briefwahlauszählung in Messehallen durch.

Durch den Wechsel von der Bertolt-Brecht-Schule in eine Messehalle entstehen der Stadt per Saldo Mehrkosten in Höhe von insgesamt 55.000,- €, u.a. da die NürnbergMesse GmbH einen angemessenen Mietpreis verlangen muss, um keine verdeckte Gewinnausschüttung zu begehen. Die Wahlkostenerstattung, die die Stadt bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erhält, wird in Abhängigkeit von der Zahl der Wahlberechtigten berechnet, ist also wegen der steigenden Einwohnerzahl bei den letzten Wahlen deutlich angestiegen. Für die steigenden Kosten der Briefwahl erhält die Stadt allerdings lediglich die Portokosten erstattet. Die Kosten für die Kommunalwahl müssen die Gemeinden insgesamt selbst übernehmen.

Die Abgrenzung der Wahl- bzw. Stimmbezirke soll aus organisatorischen Gründen, aber auch im Interesse der Wähler/innen für alle Wahlen (außer Wahlen zum Integrationsrat) gleichermaßen gelten und natürlich möglichst lang beibehalten werden. Leider verschlechtert auch die jetzige Veränderung der Wahlbezirkzuschnitte die Vergleichbarkeit des Wahlergebnisses mit früheren Wahlen.

II. Herrn OBM m.d.B. um Zustimmung und Vorlage im Ältestenrat

Nürnberg, 17.07.2017
Amt für Stadtforschung und Statistik/Wahlamt

gez. Schäfer

(2840)